

QUARTALSBERICHT

Projektländer: Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo

Quartal/Jahr: IV/2011

REGION - SCHLAGZEILEN

1. **Bericht des VN-Weltbevölkerungsfonds / stärkstes Bevölkerungswachstum auf dem afrikanischen Kontinent**
2. **Preisvergabe der Mo-Ibrahim-Stiftung für ‚good governance‘ in Afrika**
3. **Transparency International / –Korruptionsperzeptionsindex für 2011**

Ende Oktober veröffentlichten die Vereinten Nationen (Weltbevölkerungsfonds) ihren Bericht, wonach im Jahre 2050 die Erde nahezu 9,3 Mrd. im Jahre 2100 über 10 Mrd. Bewohner zählen wird. Das stärkste Bevölkerungswachstum sei in den vergangenen Jahren auf dem afrikanischen Kontinent verzeichnet worden, dessen Bevölkerung im Jahr 2009 die erste Milliarde erreichte, die zweite wird im Jahr 2044 erwartet. Wie der Bericht weiter vermerkt, wachse die Bevölkerung weltweit jährlich um rund 1,5%, in Afrika um durchschnittlich 2,3%.

Nach drei Jahren – der letzte Preis der Mo-Ibrahim-Stiftung für herausragende Leadership eines afrikanischen Staatschefs wurde 2008 vergeben - zeichnete die Stiftung im Oktober den ehemaligen Staatspräsidenten der Kapverden für seine integre Regierungsführung aus. In dem Bericht zum Jahr 2011 werden vor allem anglofone afrikanische Länder hervorgehoben, Ghana wird als Modell genannt, als einziges frankofones Land wird Benin erwähnt.

Die internationale NRO „Transparency International“ veröffentlichte Anfang Dezember ihren Bericht über den Korruptions-Perzeptionsindex 2011 für 183 Länder (2010: 178 Länder). Der Index bewertet zwischen 10 (völlig integer) und 0 (sehr korrupt). In der Gruppe der zehn Besten befindet sich kein afrikanisches Land, die Projektländer wurden wie folgt platziert (in Klammer Bericht 2010 zum Vergleich) Ghana 69 - Index 3,9 (62 – 4,1), Benin 100 - Index 3,0 (110 – 2,8), Burkina Faso 100 – Index 3,0 (98 – 3,1), Togo 143 – Index 2,4 (134 – 2,4). Alle vier Länder haben sich demnach, was die Korruption angeht, nicht wesentlich gebessert.

MELDUNGEN ZU DEN EINZELNEN PROJEKTLÄNDERN

GHANA

1. **Staatsbesuch von John Atta Mills in Kanada und den USA**
2. **Haushaltsentwurf 2012 dem Parlament vorgestellt**
3. **Positive Einschätzung des Internationalen Währungsfonds zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes**
4. **Zusatz zu bestehendem Kreditabkommen mit der Chinesischen Entwicklungsbank dem Parlament vorgelegt**
5. **Besuch des ivoirischen Staatspräsidenten in Ghana**
6. **Umstrittene maritime Zone (Erdöl) zwischen Ghana und der Côte d'Ivoire**
7. **Treffen der ECOWAS-Wirtschaftsminister zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der EU**
8. **Projekt zur Eingliederung behinderter Menschen**
9. **Aussage des britischen Premierministers zur Nicht-Bestrafung von Homosexualität**

Mitte November unternahm Staatspräsident John Atta Mills eine offizielle Reise nach Kanada und in die USA, wo er jeweils Gespräche sowohl mit der Regierung als auch Vertretern des Privatsektors führte. Ende Dezember reiste Mills noch einmal in die USA, um sich wie offiziell mitgeteilt wurde, mit möglichen Investoren zusammenzutreffen.

Ebenfalls Mitte November stellte der ghanaische Finanz- und Planungsminister, Dr. Kwabena Duffuor, im Parlament den Haushalt für das kommende Jahr (2012) mit den Schwerpunkten Infrastrukturentwicklung, beschleunigtes Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen vor. Danach wird für das laufende Jahr (2011) ein Wirtschaftswachstum von 13,6% (2010: 5,0%) erwartet, im kommenden Jahr wird das allgemeine Wirtschaftswachstum (ohne Erdölprodukte) auf rund 8% geschätzt. Auf der Grundlage der geschätzten Erdölpreisentwicklung und einer erwarteten Tagesproduktion von rund 90.000 Barrel wird im kommenden Jahr eine Verdoppelung der Einnahmen aus der Erdölindustrie erwartet. Weiter wird davon ausgegangen, dass sich die Inflation, die Ende 2008 noch 18,1% betrug und seither ständig sank (Oktober 2011: 8,56%), sich bei geschätzten 8,7% stabilisieren wird. Wie Duffuor hinzufügte, hat sich, aufgrund der straffen Finanzpolitik des Landes, das bestehende Budgetdefizit merklich reduziert werden können.

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds könne durchaus mit einem erhöhten Wirtschaftswachstum gerechnet werden, das lokal geförderte Erdöl und -gas werde dem Land zum Aufschwung verhelfen, mit den Überschüssen aus der Kakao- und Goldproduktion könne eine moderne Industrie aufgebaut werden. Ghana, das bereits zu der Gruppe der Länder mit mittleren Einkommen zählt, plant den Aufbau

seiner Industrie, um den westafrikanischen Markt insbesondere mit petrochemischen Produkten zu beliefern.

Für die im Parlament Ende August verabschiedete Kreditaufnahme bei der Chinesischen Entwicklungsbank in Höhe von drei Mrd. \$, wovon 60% an chinesische Auftraggeber gebunden sind, wurde Mitte Dezember eine zusätzliche Kreditanfrage über eine Mrd. \$ zur Finanzierung des ‚Western Corridor Gas Infrastructure Project‘ dem Parlament vorgelegt, eine Entscheidung wird allerdings erst bei Wiederaufnahme der Parlamentssitzungen im Januar 2012 erwartet. Das Vorhaben soll der Verbesserung der Energieversorgung der westafrikanischen Küstenländer dienen und von der neu gegründeten, Ghana National Gas Company‘ durchgeführt werden.

Der ivoirische Staatspräsident Alassane Ouattara forderte Anfang Oktober, anlässlich seines offiziellen Besuchs in Ghana, die sich dort weiter aufhaltenden ivoirischen Flüchtlinge erneut zur Rückkehr auf. Daneben hatten die Gespräche mit seinem ghanaischen Amtskollegen insbesondere die Wiederbelebung der bilateralen Kommission für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Inhalt, aber auch den geplanten Bau einer Autobahn von Abidjan nach Accra sowie die Sicherung der insgesamt 700 km umfassenden gemeinsamen Grenze. Was die derzeit umstrittene, an Erdölvorkommen reiche, maritime Zone zwischen den beiden Ländern angeht, soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

In diesem Zusammenhang wurden Anfang Dezember, anlässlich eines Treffens zwischen Vertretern der ivoirischen Administration und Ölgesellschaften in Ghana, letztere zur umgehenden Einstellung ihrer Erdölbohrungen in der Region aufgefordert, da das Nachbarland Anspruch auf Ölfelder für eigene Vorhaben erhebe. Mehrere ghanaische Erdölgesellschaften meldeten bereits Bedenken an, da sie befürchteten, bei der vorgeschlagenen Neubestimmung der maritimen Grenzen, Lizenzen oder gar Ölfelder einzubüßen.

Ende November fand in Accra ein Treffen der Wirtschaftsminister der ECOWAS-Zone zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der EU statt. Die im Jahr 2004 begonnenen Verhandlungen, die bereits 2007 abgeschlossen sein sollten, scheiterten u.a. an der Frage der Öffnung der westafrikanischen Märkte für EU-Produkte, da eine Überschwemmung des regionalen Marktes mit europäischen Industrieprodukten, die der entstehenden heimischen Industrie schaden könnten, befürchtet wurde, sowie der subventionierten europäischen Landwirtschaftserzeugnisse, denen der Agrarsektor nicht gewachsen sein werde. Ghana und die Côte d’Ivoire hatten 2007, zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Vorteile, Zwischenabkommen mit der EU geschlossen und müssen das Abkommen vor Ende Dezember 2013 ratifizieren.

Ende November eröffnete Vizepräsident John Mahama offiziell das ‚Information and Communication Technology‘ (ICT) - Projekt, das, über ein Ausbildungsprogramm zur Montage und Reparatur von PC und Handys, rund 5.000 behinderten Personen ab

Anfang Januar 2012 eine bezahlte Arbeit ermöglichen soll. Nach dem letzten, im Jahr 2011 veröffentlichten Zensus sollen in Ghana rund 4,2 Mio. behinderte Menschen leben, ca. 20% der insgesamt über 24 Mio. zählenden Bevölkerung.

Die Aussage des britischen Premierministers David Cameron Ende Oktober, sein Land werde Hilfeleistungen gegenüber Staaten kürzen, die Homosexualität weiter unter Strafe stellen, stieß auch in Ghana auf Protest. Mehrere Politiker aber auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens warfen Cameron Unverständnis gegenüber traditionellen Werten vor und sprachen seinem Land das Recht ab, eigene Moralvorstellungen anderen Ländern aufzuzwingen.

BENIN

- 1. Besuche von Staatspräsident Boni Yayi in China, Frankreich und Südafrika**
- 2. Besuch des ivorischen Staatspräsidenten in Benin**
- 3. Gipfeltreffen des ‚Conseil de l’Entente‘ in Cotonou**
- 4. Regionales Eisenbahnprojekt**
- 5. Haushalt 2012 vom Parlament verabschiedet**
- 6. Besuch von Papst Benedikt XVI in Benin**

Bei seinem offiziellen Besuch in China Mitte September erörterte Staatspräsident Boni Yayi mit seinem chinesischen Amtskollegen, Hu Jintao, u.a. Fragen der bilateralen Kooperation, wobei letzterer versicherte, sein Land wolle die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Handelsbeziehungen mit Benin weiterführen, die Kooperation in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft und öffentliches Gesundheitswesen verstärken.

Am 8.11. absolvierte Boni Yayi einen seit längerer Zeit geplanten offiziellen Staatsbesuch in Frankreich. Bei der Unterredung mit seinem französischen Amtskollegen soll es, neben allgemeinen Fragen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, auch um die seit Jahresbeginn zunehmende Piraterie vor der beninischen Küste und im Golf von Guinea gegangen sein. Boni Yayi nutzte seinen Aufenthalt darüber hinaus zu Gesprächen mit französischen Großunternehmen.

Zur gleichen Zeit führte die französische Botschaft einen dreitägigen regionalen Workshop zum Thema maritime Sicherheit durch, an dem insbesondere politische und militärische Verantwortliche der drei betroffenen Küstenländer Benin, Togo und Ghana teilnahmen. Dabei sagte Frankreich eine Unterstützung von 800.000 € über drei Jahre für die Einrichtung eines Solidaritätsfonds zu.

Ein weiterer offizieller Besuch führte Boni Yayi Ende November nach Südafrika, wo er mit Staatschef Jacob Zuma Unterredungen insbesondere über die bilaterale

Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten führte. In diesem Zusammenhang wurde u.a. ein Memorandum über die wirtschaftliche und technische Kooperation im militärischen und wissenschaftlichen Bereich unterzeichnet, die Einrichtung einer direkten Flugverbindung zwischen den beiden Ländern beschlossen, der gegenseitige Visumzwang aufgehoben. Jacob Zuma antwortete am 10.12. mit einem Gegenbesuch, die Universität von Abomey-Calavi verlieh ihm bei dieser Gelegenheit den Ehrendokortitel.

Mitte November hielt sich der ivoirische Staatspräsident Alassane Ouattara, bei seiner Rundreise durch die Länder des ‚Conseil de l’Entente‘ in Benin auf, wo er seine dort lebenden Landsleute zur Rückkehr aufforderte.

Am 5.12 fand in Cotonou ein Gipfeltreffen des ‚Conseil de l’Entente‘ (Mitgliedsstaaten: Benin, Burkina Faso, Côte d’Ivoire, Niger und Togo) statt. Der 1959 gegründete Rat, dessen letztes Treffen im Jahre 2009 in Yamoussoukro durchgeführt wurde, stellt die älteste regionale Institution dar und soll, wie die bei dem Treffen anwesenden Staatsefs erklärten, als ein Instrument regionaler Integration und insbesondere für deren nachhaltige ökonomische Entwicklung wiederbelebt werden. Als ein erstes gemeinsames Vorhaben wurde die Rehabilitierung / Erweiterung der Eisenbahnlinie von Cotonou über Niamey und Ouagadougou nach Abidjan beschlossen,

der beninische Staatspräsident Boni Yayi wurde in seiner Rolle als Ratsvorsitzender bestätigt, das nächste Gipfeltreffen soll im kommenden Jahr (2012) in Niamey stattfinden.

Anlässlich eines Treffens der Transportminister der Côte d’Ivoire, Burkina Faso und Benin Anfang Oktober in Cotonou zum Thema der Förderung der regionalen Integration war von dem auf 3 Mrd. \$ geschätzten Vorhaben der Modernisierung der Eisenbahnverbindung zwischen Abidjan, Ouagadougou und Cotonou die Rede, eine Machbarkeitsstudie wurde in Auftrag gegeben, ein Komitee auf Ministeriebene (Transport und Infrastrukturen) eingerichtet, dessen Vorsitz dem Land Benin übertragen. Ziel des auf 3 Mrd. € geschätzten und von der UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) und ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) getragenen Projekts sei insbesondere die Erleichterung des Transports von in den Ländern der Gemeinschaft geförderten Bodenschätzen.

Im Dezember verabschiedete das beninische Parlament den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr (2012) in Höhe von insgesamt 1.016 Mrd. F CFA (1,55 Mrd. €), um 18 Mrd. F CFA (27,4 Mio. €) niedriger als der des vergangenen Jahres. Wie die Ministerin für Wirtschaft und Finanzen, Frau Adidjatou Mathys, dazu erklärte, habe sich das Wirtschaftswachstum, trotz der weltweiten Krise, mit geschätzten 3,8% im laufenden (2011) und erwarteten 4,1% im nächsten (2012) Jahr gegenüber 2,7% im Jahr 2010 durchaus gebessert.

Aufgrund der guten Ergebnisse der ersten Laufzeit (5 Jahre) des „Millennium Challenge Corporation Account“ (MCC / bilaterale Zusammenarbeit mit den USA), die im Oktober zu Ende ging und anlässlich des Besuchs des MCC-Generaldirektors in Benin erfolgreich evaluiert wurde, wurde Mitte Dezember, auf beidseitigen Wunsch, eine fünfjährige Verlängerung mit dem Ziel vereinbart, tief greifende Reformen sowie die Errichtung von für die Entwicklung des Landes wichtiger Infrastrukturen zu unterstützen.

Im November besuchte Papst Benedikt XVI. Benin. Es handelte sich dabei, nach Kamerun im Jahr 2009, um dessen zweite Afrikareise. Für das Land Benin war dieser Besuch, nach den beiden seines Vorgängers, Johannes Paulus II. in den Jahren 1982 und 1993 bereits der dritte Papstbesuch in einem Zeitraum von knapp 30 Jahren. Im Vorweg des Besuchs fand in Cotonou ein Symposium mit Vertretern von über 50 afrikanischen Bischofskonferenzen statt, denen der Papst seinen postsynodalen Aufruf „Africae Munus“ offiziell überreichte.

BURKINA FASO

- 1. Abschluss der Sitzungen des ‚Rats für politische und institutionelle Reformen‘**
- 2. Neuernennungen in der Hierarchie der Armee und Gendarmerie**
- 3. Besuch des ivoirischen Staatspräsidenten in Burkina Faso / gemeinsamer burkinisch-ivorischer Ministerrat**
- 4. Erstellen eines neuen Wählerverzeichnisses geplant**
- 5. Mögliche Beilegung des Grenzkonflikts mit dem Nachbarland Niger**
- 6. Haushalt 2012 im Parlament verabschiedet**
- 7. Planung eines ‚Großraums Ouagadougou‘**

Der ‚Rat für politische und institutionelle Reformen‘ besuchte (siehe Vorberichte) wie geplant, ab Mitte Oktober die 13 Regionen des Landes, wo dessen Mitglieder mit der Bevölkerung Vorschläge für politische und institutionelle Reformen diskutierten, darunter u.a. Fragen der Gewaltenteilung, der Schaffung eines Senats sowie der Durchführung von Wahlen. Daran schloss sich Anfang Dezember ein nationales Forum in Ouagadougou mit rund 1.500 Teilnehmern an, das allerdings von den wichtigsten Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft boykottiert wurde, die weiter eine klare und offizielle Stellungnahme seitens des Staatspräsidenten zu einer möglichen Änderung des Artikels 37 der Verfassung (Mandatsverlängerung des Staatspräsidenten) fordern. 95% der eingereichten Vorschläge sollen von dem Rat akzeptiert worden sein, der, seinem Mandat entsprechend, Empfehlungen abgeben wird.

Staatspräsident Blaise Compaoré, in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister, nutzte den 51. Jahrestag der Gründung der burkinischen Armee (1.11.), ersetzte die, nach den Meutereien und Gewaltanwendungen in der ersten Jahreshälfte entlassenen Generalstabschefs und ernannte damit eine neue Hierarchie in Armee und Gendarmerie. Insgesamt sollen, im Anschluss an die Meutereien, 300 Militärs inhaftiert und 600 aus der Armee entlassen worden sein.

Der ivoirische Staatspräsident Alassane Ouattara besuchte bei seiner Rundreise (s. Teil Benin und Togo) Mitte November auch Burkina Faso, wo, aufgrund des 2009 geschlossenen bilateralen Freundschaftsvertrags, ein burkinisch-ivoirischer Ministerrat stattfand. Unter anderem wurde die Wiederbelebung des ‚Conseil de l’Entente‘ (siehe Teil Benin) beschlossen, ein Gipfeltreffen im Dezember in Cotonou vereinbart. Weiter wurde über den Bau einer Autobahn zwischen den beiden Hauptstädten (Yamoussoukro und Ouagadougou), die Verlängerung der Eisenbahnlinie von Abidjan nach Ouagadougou und Niamey geplant, sowie eine Vernetzung der beiden Ländern für die Lieferung von elektrischer Energie und Gas.

Die nationale burkinische Wahlkommission CENI führte, in Vorbereitung der kommenden Parlaments- und Gemeindewahlen (2012) und mit Unterstützung durch die Internationale Frankophonie-Organisation, ein Audit des bestehenden Wählerverzeichnisses durch. Wie festgestellt wurde, ist dieses, aufgrund bestehender Mängel, nicht verlässlich. Die CENI beschloss daher, im Einvernehmen mit der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft, ein neues Verzeichnis auf der Grundlage biometrischer Daten zu erstellen, die Kosten werden auf 18 bis 30 Mrd. F CFA (27,5 - 45,74 Mio. €) geschätzt.

In dem bereits beim Internationalen Gerichtshof von Den Haag anhängigen Konflikt über die 1987 festgelegte Grenze zwischen Burkina Faso und Niger, stimmte das Land Niger Anfang Dezember einem Gesetzesentwurf zu, der einen Notenwechsel zu diesem Thema zwischen den beiden Ländern ermöglicht, womit eine Beilegung des Konflikts absehbar wird.

Ende Dezember verabschiedete das Parlament den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr (2012) in Höhe von 1.207,6 Mrd. F CFA (1,84 Mrd. €) Einnahmen und 1.400,78 Mrd. F CFA (2,13 Mrd. €) Ausgaben. Eine Möglichkeit zur Finanzierung der fehlende Summe von 193,13 Mrd. F CFA (rund 294 Mio. €) muss noch gefunden werden.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch Bilanz gezogen. Wie der Parlamentsvorsitzende Roch Marc Christian Kaboré erklärte, sei die Getreideproduktion um 16% niedriger als die des vergangenen Jahres, 17 von 45 Provinzen des Landes seien defizitär. Der Premierminister fügte in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament hinzu, dass über 146 Kommunen (von insgesamt 359) kurzfristig von Lebensmittelknappheit

bedroht seien. Aus diesem Grunde rief die Regierung dazu auf, den von Hungersnot bedrohten Landsleuten zu Hilfe zu kommen.

Die Hauptstadt des Landes, Ouagadougou, die derzeit mit 1,5 Mio. Bewohnern eine Fläche von 300 km² einnimmt, soll demnächst, über die Eingliederung einer Provinz sowie einer Landgemeinde auf den ‚Großraum Ouagadougou‘ mit einer Gesamtfläche von 3.300 km², erweitert und, im Jahre 2025, von schätzungsweise 4,7 Mio. Menschen bewohnt werden.

TOGO

1. **Entscheidung des ECOWAS-Gerichtshofs zur Frage der ehemaligen ANC-Abgeordneten**
2. **Sitzungsperiode der Parlamentarier der EU und APC-Länder in Lomé / Demonstrationen der Opposition**
3. **Ankündigung der vollen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der BRD**
4. **Togo in den Jahren 2012 – 13 nicht ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat**
5. **Besuch des ivoirischen Staatspräsidenten in Togo**
6. **Privatisierung der staatlichen Banken**
7. **Planung der allgemeinen Wahlen im kommenden Jahr**
8. **Anhörungen durch die Kommission ‚Wahrheit, Gerechtigkeit und Justiz‘ beendet**

Die neun, nach ihrem Parteiwechsel im Oktober 2010 (siehe Vorberichte) aus der Volksvertretung ausgeschlossen Abgeordneten der Oppositionspartei ANC, hatten sich, nach der negativen Entscheidung des togoischen Verfassungsgerichts, an den ECOWAS-Gerichtshof gewandt, der Anfang November 2011 die togoische Regierung aufforderte, den „erlittenen Schaden wiedergutzumachen und die Betroffenen zu entschädigen“. Während die ehemaligen Abgeordneten dies als eine Aufforderung zu ihrer Reintegration ins Parlament verstanden, entschied der Ministerrat, sie mit einer Summe von je 3 Mio. F CFA (rund 4.500 €) abzufinden.

Ebenfalls Anfang November fand die 22. gemeinsame Sitzungsperiode der Parlamentarier der EU und APC-Länder in Lomé statt. Aus diesem Anlass kam es auch zu Demonstrationen der Opposition, die, wie sie erklärte, den Gästen die tatsächliche Situation des Landes zeigen wolle. Dabei kam u.a. auch die Angelegenheit der ANC-Parlamentarier zur Sprache, wobei es verbale Aggressionen gegen den bei den Sitzungen anwesenden Vorsitzenden der EU-Kommission, Louis Michel, gab, der sich mit der Entscheidung des Ministerrats einverstanden erklärt hatte. Louis Michel erklärte, Anklage erheben zu wollen.

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel, erklärte, anlässlich seines offiziellen Besuchs Anfang Dezember in Togo, die volle Wiederaufnahme der bilateralen Kooperation zwischen den beiden Ländern, die voraussichtlich ab Anfang 2012 wirksam sein wird, in die Wege leiten zu wollen. Wie Niebel weiter erklärte, wolle sein Land, nachdem die Zusammenarbeit wegen mangelnder Demokratie während rund 20 Jahren suspendiert war und nach den Parlamentswahlen 2007 nur teilweise wieder aufgenommen wurde, das Togo nun auf seinem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft unterstützen.

Togo wird, zusammen mit Marokko, Guatemala und Pakistan in den Jahren 2012-13 nicht ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates. Dazu wurde eine Ad-hoc-Kommission, bestehend aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Experten und Diplomaten eingerichtet, die als Verbindungsglied zwischen der VN-Struktur und der togoischen Regierung fungieren soll.

Der ivoirische Staatspräsident Alassane Ouattara, besuchte bei seiner Rundreise durch die Mitgliedsstaaten des ‚Conseil de l’Entente‘ (siehe Teil Benin und Burkina Faso) am 14. 11. auch Togo, wo er ebenfalls seine, auf rund 5.000 Personen geschätzten dort lebenden Landsleute zur Rückkehr in ihre Heimat aufforderte. Ein entsprechendes Abkommen zwischen der Côte d’Ivoire, Togo und dem Hochkommissar für Flüchtlingsfragen wurde unterzeichnet.

In den Gesprächen mit seinem togoischen Amtskollegen kamen, neben Fragen der regionalen Integration, auch die bilaterale Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit zur Sprache, auch der geplante Bau einer Küstenautobahn zwischen Lagos und Dakar (über Cotonou, Lomé, Accra und Abidjan) sowie eine stärkere regionale Verbindung (Elfenbeinküste, Ghana, Togo und Benin) der Stromnetze wurden erwähnt.

Nachdem Togo im Jahre 2009 von der Weltbank eine Subvention für die Reform seines Finanzsystems sowie die Privatisierung seiner vier staatlichen Banken (UTB, BICI, BTB, BIA Togo) erhalten hatte, befand sich der Privatisierungsprozess Mitte Oktober 2011 in der Präqualifizierungsphase. Wie dazu mitgeteilt wurde, sollen, neben großen europäischen und nordafrikanischen Banken, auch wichtige regionale Bankengruppen Interesse gezeigt haben, das Ausschreibungsergebnis werde nicht vor Ende 2011 erwartet.

Die von dem Ministerium für Territorialverwaltung und Gebietskörperschaften eingerichtete Kommission zur Prüfung der Durchführung allgemeiner Wahlen im kommenden Jahr kam in ihrem Bericht zu dem Schluss, die Wahlen nicht zu koppeln. Die Gemeindewahlen könnten im 1. Quartal 2012 stattfinden, die Parlamentswahlen sollten, da das Mandat der Volksvertretung im Oktober 2012 zu Ende geht, noch vor diesem Termin durchgeführt werden. Seit den letzten Gemeindewahlen 1987 werden die Rathäuser von durch die Zentralverwaltung eingesetzten Delegationen geleitet, die

entsprechend keinerlei Legitimierung durch die Bevölkerung haben und dieser nicht rechenschaftspflichtig sind.

Die 2008 eingesetzte Kommission „Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiederversöhnung“ zur Aufklärung der in den Jahren 1958 bis 2005 verübten politischen Gewalttaten, führte in den Monaten September bis November 2011 landesweit Anhörungen von Opfern und/oder deren Angehörigen durch. Insgesamt sollen über 7.900 Vorgänge zur näheren Untersuchung festgehalten worden sein. Die Kommission wird, im Anschluss an deren Prüfung, ihrem Mandat entsprechend, Empfehlungen abgeben.

Ralf Wittek

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Brigitte Mäntele-Enweani.

Die Autorin ist freie Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Cotonou / Benin.

IMPRESSUM

Erstellt: 05.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de